

TOP 17:

Entwurf eines Gesetzes zur Vorbereitung der Schaffung von Baurecht durch Maßnahmengesetz im Verkehrsbereich (Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz - MgvG)

Drucksache: 579/19

I. Zum Inhalt des Gesetzentwurfes

Der Koalitionsvertrag für die 19. Legislaturperiode sowie das Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung sehen vor, Baurecht durch einzelne Maßnahmengesetze zu schaffen und die Genehmigung von Verkehrsinfrastrukturprojekten durch Gesetz zu ermöglichen. Ziel des vorliegenden Gesetzentwurfes ist die Steigerung der Akzeptanz in der Bevölkerung für die in diesem Gesetz bezeichneten Vorhaben und ihre beschleunigte Realisierung. Aus Sicht der Bundesregierung ist diese Beschleunigung auch vor dem Hintergrund wichtig, dass das Klimaschutzprogramm umfangreiche Maßnahmen zur Verlagerung des Verkehrs auf umweltfreundliche Verkehrsträger vorsieht.

Der vorliegende Gesetzentwurf soll die notwendigen Voraussetzungen für die Zulassung von zwölf Verkehrsinfrastrukturprojekten in den Bereichen Schiene und Wasserstraße schaffen, die an Stelle von behördlichen Verwaltungsakten durch Maßnahmengesetze genehmigt werden. Es sollen Festlegungen für das Verfahren bis zum Erlass der Maßnahmengesetze für die genannten Verkehrsinfrastrukturprojekte und deren Bekanntgabe sowie die behördlichen Zuständigkeiten getroffen werden.

II. Empfehlungen der Ausschüsse

Die beratenden Ausschüsse empfehlen dem Bundesrat, zu dem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** nimmt zur Kenntnis, dass mit dem Gesetzentwurf das Ziel verfolgt wird, die Akzeptanz in der Bevölkerung bei großen Verkehrsinfrastrukturprojekten zu erhöhen und umweltfreundlichere Verkehrsträger zu stärken. Er lehnt den Gesetzentwurf allerdings ab, da das dafür vorgesehene Instrument von Maßnahmengesetzen auch unter Einbeziehung der damit einhergehenden verfassungsrechtlichen und weiteren rechtlichen Bedenken nicht geeignet sei. Der Ausschuss kritisiert unter anderem, dass den anerkannten Umweltverbänden mit den Maßnahmengesetzen jegliche Möglichkeit zu einer gerichtlichen Überprüfung genommen werde und dies EU- und völkerrechtliche Fragen aufwerfe. Für das weitere Gesetzgebungsverfahren sei zudem zu bedenken, dass sich der mit Rechtswegverkürzungen beabsichtigte Beschleunigungseffekt meist nicht in der erhofften Weise einstelle und daher das verfolgte Ziel einer Akzeptanzsteigerung von großen Infrastrukturprojekten innerhalb der Bevölkerung zu bezweifeln sei.

Der **Ausschuss für Innere Angelegenheiten** und der **Rechtsausschuss** bitten, im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu prüfen, ob der Gesetzentwurf mit dem Recht der Europäischen Union und der sich aus dem Aarhus-Übereinkommen ergebenden Verpflichtung der Vertragsstaaten zur Gewährung effektiven Rechtsschutzes in Umweltangelegenheiten vereinbar ist.

Der **Rechtsausschuss** vertritt weiterhin die Auffassung, dass der beabsichtigte Beschleunigungseffekt hinsichtlich des gerichtlichen Verfahrens bei den erfassten Infrastrukturprojekten zweifelhaft sei. Er fordert daher dazu auf, auch das Konzept des Gesetzentwurfs im weiteren Gesetzgebungsverfahren noch einmal zu überprüfen.

Hingegen fordern der **federführende Verkehrsausschuss** und der **Wirtschaftsausschuss** eine Ergänzung der Verkehrsinfrastrukturprojekte, die durch Maßnahmengesetz zugelassen werden können. Im Hinblick auf die Erreichung der Klimaziele sei eine schnelle Verwirklichung dieser Vorhaben von besonderer Bedeutung für das Gemeinwohl. Vor diesem Hintergrund sollten darüber hinaus auch für bestimmte Energieleitungsbauprojekte die Voraussetzungen für die Zulassung durch Maßnahmengesetz statt durch Verwaltungsakt geschaffen werden.

Weitere Einzelheiten sind aus **BR-Drucksache 579/1/19** ersichtlich.